



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/167 - 29.7.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

Bonn und Washington	S. 1
Anglo-amerikanische Differenzen	S. 3
Vor zehn Jahren: Aufstand in Warschau	S. 5

Verschärfter Druck aus Washington

s. Zum Verständnis der jüngsten aussenpolitischen Deutschland-Resolution des zuständigen amerikanischen Senatsausschusses ist der Hinweis auf Nachrichten aus Paris nötig, die offenbar sowohl in Bonner Regierungskreisen als auch in Washington vorliegen. Danach besteht in Kreisen der französischen Nationalversammlung Neigung, der EVG-Entscheidung vor den Sommerferien nicht mehr auszuweichen. Sollte die EVG aber von der Nationalversammlung wider Erwarten gebilligt werden, wünschen diese Kreise - gewissermaßen als Preis für ihre eigene Zustimmung -, dass die Ratifikationsurkunden erst hinterlegt werden, wenn sich erwiesen hat, dass auf einer neuen Deutschland-Konferenz der Großmächte keine Kompromisse mit den Sowjets zu erzielen sind.

Regierungskreise in Bonn haben deutlich erkennen lassen, wie enttäuscht sie über die immer neuen französischen Versuche sind, einer endgültigen und unwiderruflichen Entscheidung auszuweichen. Bonn hat keine Möglichkeit, auf die Pariser Kammerentscheidung Einfluss zu nehmen. Man hütet sich neuerdings auch ausdrücklich zu erklären, wie einverstanden man mit den anhaltenden und verschärften amerikanischen Forderungen ist, mit denen das französische Parlament teils durch das Gespenst der deutschen Nationalarmee, teils durch die angeblich sonst bevorstehende Einschränkung der amerikanischen Auslandshilfe bewegt werden soll, die EVG in Paris durch-

zusetzen. Aber im Grunde ist man in Bonn mit dem amerikanischen Druck höchst einverstanden, zumal dann, wenn bei diesen nachdrücklichen Hinweisen wie in der jüngsten amerikanischen Erklärung, die deutsche Souveränität eine Rolle spielt.

Der außenpolitische Ausschuss des amerikanischen Senats fasste eine demonstrative Resolution, in der der Präsident ermächtigt wird, - "wenn nach seinem Dafürhalten die künftigen Entwicklungen es wünschenswert erscheinen lassen" -, Schritte zu unternehmen, um der Bundesrepublik ihre Souveränität zurückzugeben. In Washington wurde nach der Verabschiedung der Resolution erklärt, diese Vollmacht solle der Präsident benutzen, wenn Frankreich die EVG nicht bis zu den Sommerferien der Kammer ratifiziere. Zu dieser Mitteilung im Widerspruch ist aber - offenbar auf Grund der neuesten Pariser Nachrichten - in der Resolution selbst ausdrücklich kein Junktim zwischen der Ratifizierung und dem Anwendungszeitpunkt der Bevollmächtigung hergestellt worden. Daraus muß man schließen, dass Eisenhower auch dann auf sie zurückkommen soll, wenn etwa die EVG in Paris ratifiziert, aber die Urkunden nicht hinterlegt werden. Nur so ist - alle Beobachter stimmen darin überein - zu erklären, dass die Resolution weiter gefasst ist, als alle bis dahin zu diesem Thema abgegebenen amerikanischen Erklärungen.

Die Veröffentlichung der Entschliebung wurde von bemerkenswerten kommentierenden Äußerungen des Vorsitzenden im außenpolitischen Ausschuss des Senats begleitet. Er sagte zunächst, Amerika glaube, zusammen mit England auch ohne Frankreich der Bundesrepublik die vollständige Souveränität übertragen zu können. Er fügte hinzu, dass ein separater amerikanisch-deutscher Friedensvertrag als Generalvertragsalternative erwogen werde. Mitte dieser Woche konnte man nun freilich in Kreisen der Hochkommission hören, dass es keine derartigen Möglichkeiten gebe. Auch die neueste Drchung wird also, zumal sie keine Aussicht auf Erfolg hat, die Franzosen eher verärgern und in ihrer Zurückhaltung bestärken. Ein Druckmittel auf die französische Kammer bleibt aber die Resolution trotzdem, die jetzt den amerikanischen Präsidenten und seinen Außenminister ermächtigt, jeden möglichen französischen Schritt zur Verzögerung der EVG mit Souveränitätserklärungen für die Bundesrepublik zu beantworten. Dadurch hat sich die französisch-amerikanische Spannung weiter verschärft. Und das kann dem gemeinsamen Anliegen nach Entspannung der internationalen Situation und gemeinsamem Handeln nicht dienlich sein.

Angloamerikanische Südostasienpolitik nach Genf

H.H., London

Es ist noch zu bald zu sagen, ob Churchills und Edens Besuch in Washington den tiefsten Riss in den Beziehungen dieser beiden Länder in unserer Zeit geleimt hat, aber alle Anzeichen sprechen dagegen.

Die amerikanische Politik hat, darüber herrscht kein Zweifel, in Genf eine schwere Niederlage erlitten. So überzeugt war Dulles von der Sinnlosigkeit der Genfer Verhandlungen, dass er sich durch den Prager Gesandten und erst auf anglo-französisches Drängen durch Bedell-Smith vertreten liess. Und siehe da, gleichsam als ob die Kommunisten Europa und Asien vordemonstrieren wollten, wie leicht man sich mit ihnen einigen könne, sobald die "bösen" Amerikaner aus dem Spiel sind: das Abkommen war im Nu fertig und die Franzosen kamen nicht nur um eine Regierungskrise, sondern auch um ein oder zwei Breitengrade besser weg als sie erwarten konnten. Der Südostasienpakt ist etwas in die Ferne gerückt. Die drei Staaten Indochinas werden jedenfalls nicht Mitglieder eines solchen Paktes sein.

Nach Genf wird weder England noch Frankreich dem Eintritt Rotchinas in die Vereinten Nationen großen Widerstand entgegensetzen wollen. Die Beziehungen mit China sind der wundeste Punkt in dem angloamerikanischen Meinungsstreit. Es ist wichtig zu erkennen, dass es sich hier nicht nur um einen Streit der Politiker handelt, sondern um emotionell bedingte, verschiedene Grundanschauungen der beiden Völker. In Amerika glaubt man, die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit dem kommunistischen China und dessen Eintritt in die UNO sei mit einer moralischen Billigung dieses Regimes durch die nichtkommunistische Welt identisch. Eine solche Anerkennung wäre nach amerikanischer Auffassung ein schwerer Schlag gegen alle, die gegen den Kommunismus kämpfen. Es wäre der Todesstoss für die Autorität der Vereinten Nationen, so wie die Duldung der japanischen Aggression in China durch den Völkerbund das Ende der moralischen Autorität des Völkerbundes bedeutete.

In England hingegen glaubt man nicht, dass es einen Sinn hat, mit einem Regime, das de facto 600 Mio Menschen regiert, keine Beziehungen zu unterhalten. Schließlich bedeutet die Aufnahme diplomatischer Beziehungen nicht moralische Billigung. Wenn das der Fall wäre, so gäbe es keine Diplomatie. "Der Umstand, dass Washington und Jefferson mit dem revolutionären Frankreich Beziehungen unterhielten, ja sogar von Paris unterstützt wurden, bedeutet nicht, dass diese amerikanischen Politiker die Schreckensherrschaft der Jakobiner billigten", sagte Attlee vor ein paar Tagen im Unterhaus.

Was sind die Auswirkungen dieser angloamerikanischen Differenzen? Russen und Chinesen haben keine Zeit versäumt, ihren taktischen Vorteil auszunützen und haben in einem koordinierten diplomatischen Vorstoß Nichtangriffsabkommen in Europa und Asien vorgeschlagen. Wenn auch die Form dieses Vorstoßes zu brutal ist, um zum Erfolg, das heißt zu einer Vergrößerung der angloamerikanischen Spannung zu führen, so wird er doch eine starke Belastungsprobe darstellen. Und jedenfalls marschiert der Osten vereint, während im westlichen Lager Zwietracht herrscht.

Es geht darum, ob Koexistenz mit der östlichen Welt, das heißt friedliches Nebeneinandersein möglich ist oder nicht. England neigt zu der Auffassung, dass angesichts der Gefahr des Atomkrieges die Politik eines zwar bewaffneten und wachsam, aber friedlichen Nebeneinander unter allen Umständen versucht werden muß, solange die geringste Aussicht auf Erfolg besteht. In den Vereinigten Staaten hingegen ist man geneigt, die große Auseinandersetzung zwischen Ost und West für unausbleiblich anzusehen und die Befreiung der vom Kommunismus unterjochten Völker als ein primäres politisches Ziel in den Vordergrund rücken zu lassen. In der britischen Auffassung sieht man eine Neuauflage der Chamberlainschen Besänftigungspolitik, die anstatt Hitler zu besänftigen ihn zum Krieg ermutigte.

Ob sich Hitler hätte von einem säbelrasselnden Chamberlain einschüchtern lassen, ist angesichts seiner Haltung zwischen 1942 und 1945 zumindest zweifelhaft. Jedenfalls ist der Vergleich falsch, denn die kommunistischen Machthaber befinden sich in einer unvergleichlich stärkeren Position als seinerzeit das Dritte Reich. Für den europäischen Sozialismus kann es keinen Zweifel darüber geben, dass der englische Standpunkt im Interesse Europas, das ebenso wie England durch den Atomkrieg der Gefahr völliger Vernichtung ausgesetzt ist, stärker Rechnung trägt, obwohl dadurch der Tag der Befreiung, vielleicht nicht für Mitteldeutschland, wohl aber für die Ostgebiete und für die westslawischen Völker in weite Ferne gerückt zu sein scheint.

Vor zehn Jahren: Tragödie und Verrat

O.H. Vor zehn Jahren erlebte das zwischen Rußland und Deutschland eingeklemmte, aber durch einen stark ausgeprägten nationalen Sinn sowie durch großen Geltungsdrang und Fagemut gekennzeichnete polnische Volk eine der schmerzlichsten, in seiner jüngeren Geschichte so zahlreichen Tragödien: Vom 1. August bis 3. Oktober 1944 führte es in Warschau in einem aus falscher Überlegung resultierenden Aufstand einen ebenso erbitterten wie erfolglosen Kampf gegen die deutsche Besatzung.

Unter den im Zweiten Weltkrieg verzeichneten verschiedenen Fällen der Opferung ganzer Volksteile und des Verrats an ihnen ist der des Warschauer Aufstandes zweifellos einer der tragischsten. Von westalliierten Seite während der ganzen Dauer des Krieges zu bewaffneten Handlungen gegen die Militärmacht des Dritten Reiches aufgerufen und von den Sowjets angesichts des Vormarsches der Sowjetarmee zum Aufstand geradezu gedrängt, griffen die Polen am 1. August 1944 entgegen den Warnungen ihrer höchsten militärischen Führung in Warschau zu den Waffen. Sie rechneten mit einem normalen Verlauf der Entwicklung und hielten die Gelegenheit für gekommen, durch den Einsatz ihrer im Untergrund bereitstehenden Armee als Faktor bei der Befreiung ihres Vaterlandes mitwirken und mitbestimmen zu können. Aber dazu wollte es die von grausam-kühlen Überlegungen gelenkte und jeder Gefühlsregung baren sowjetische Führung nicht kommen lassen. Auf dem anderen Weichselufer blieb die unter dem Kommando des jetzigen polnischen Kriegsministers Rokossowski stehende Sowjetarmee bis auf einige Scheingefechte untätig vor den Toren Warschaus stehen und wartete kaltblütig das Ende des ungleichen Kampfes ab.

Doch auch bei ihren westlichen Verbündeten erlitten die Polen in diesen schicksalsschweren Tagen bittere Enttäuschungen. Den Westmächten war im Augenblick das Bündnis mit Rußland wichtiger als alle moralisch-menschlichen Verpflichtungen gegenüber den in einem verzweifelten Freiheitskampf stehenden Polen. Aus dem kürzlich veröffentlichten sechsten und letzten Band der Kriegserinnerungen Churchills "Triumph und Tragödie" wird bekannt, dass es deswegen sogar zu ernsthaften britisch-amerikanischen Meinungsverschiedenheiten gekommen ist. Als der Appell Churchills und Roosevelts an Stalin um Hilfeleistung für Warschau mit dem Bemerken abgelehnt wurde, dass es sich bei den Aufständischen um sowjetfeindliche Kräfte handle, wollte Churchill die Landung britisch-amerikanischer Hilfsflugzeuge auf den sowjetischen Frontflugplätzen in Moskau einfach nur ankündigen, um Stalin so vor die Frage eines direkten Verbots zu stellen. Roosevelt weigerte sich jedoch, einen solchen Schritt bei Stalin mitzumachen. Die negative Einstellung des amerikanischen Präsidenten ging sogar so weit, dass er am 5. September, als die Aufständischen die Lage in Warschau noch durchaus beherrschten, jede weitere Hilfe mit der Begründung ablehnte, seinen Informationen zufolge seien die Aufständischen aus Warschau bereits geflohen.

Als dann nach 63 Tagen opfervollen Kampfes die Aufständischen infolge Ausbleibens wirksamer Hilfe kapitulierten, bedeutete das zugleich den Beginn der Kapitulation des Westens vor den Sowjets in der polnischen Frage.

-----+-----+-----+-----
 Verantwortlich: Peter Raunau